

Nun ist die Miete für 20 Jahre bezahlt

Ende 2026 soll das neue Sozialberatungszentrum in Dagmersellen bezugsbereit sein – aber erst musste die Finanzierung geklärt werden.

Markus Mathis

Die Errichtung eines modernen Sozialberatungszentrums auf dem Dagmerseller «Löwen»-Areal ist finanziell abgesichert: Die Delegierten des Gemeindeverbands Sozialberatungszentrum (SoBZ)/Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Willisau-Wiggertal genehmigten am Donnerstag an ihrer Jahresversammlung im Alterszentrum Eiche in Dagmersellen einen Sonderkredit von knapp 3,5 Millionen Franken. Damit mietet der Zweckverband, dem alle 21 Gemeinden im Wahlkreis Willisau angehören, für 20 Jahre drei Geschosse und Kellerfläche in einem der fünf im Bau befindlichen Häuser des «Löwenparks».

Mit Bus gut erreichbar und zentral gelegen

In der Überbauung entstehen einige Aussenparkplätze und eine grosse Tiefgarage. Vor allem aber wird das Zentrum über die nahe Bushaltestelle an der Basenstrasse gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen. Bei der Standortsuche habe der Gemeindeverband auch zwei andere Orte in Dagmersellen evaluiert, sagte der Dagmerseller Gemeinderat Gregor Kaufmann, welcher Mitglied der Verbandsleitung ist. Die zentral gelegene Liegenschaft «weist das beste Preis-Leistungs-Verhältnis auf».

Im SoBZ Dagmersellen – dem zweiten Standort nach Willisau – sollen 37 Angestellte arbeiten. Teils sind es in der Region bekannte Gesichter: zehn



Visualisierung der im Bau befindlichen «Löwenpark»-Überbauung in Dagmersellen: Im zweiten Gebäude von links sollen das Sozialberatungszentrum und die KESB einziehen. Bild: zvg



Verteter der Standortgemeinde und der Trägerschaft des Zentrums: Peter Kunz (links), Karin Meier und Gregor Kaufmann. Bild mam

kommen aus Reiden, ein halbes Dutzend aus Dagmersellen. Denn beide Gemeinden haben sich in diesem Jahr entschlossen, weitere Beratungsdienst-

leistungen, die Handhabe der wirtschaftlichen Sozialhilfe und die Berufsbeistandschaft beim SoBZ zu beziehen. Dazu lagern sie ihren eigenen Sozialdienst

Dagmersellen freut sich auf den 6000. Einwohner

«Vielleicht wird es noch in diesem Jahr der Fall sein, aber ganz sicher im Januar», sagte Gemeinderat Peter Kunz an der Delegiertenversammlung des SoBZ/KESB Willisau-Wiggertal. «Wir freuen uns schon wahnsinnig darauf, die oder den 6000. Einwohnerin oder Einwohner bei uns zu begrüßen», so Kunz. Er stellte die Standortgemeinde des neuen Sozialberatungszentrums als Ort des Ge-

nusses vor – mit der Zigarettenfabrik JTI, dem bekannten Weingut Bisang, der Grossbäckerei Hiestand, der Mozarella-Produktion von Emmi und den drei Metzgereien, auf die man in Dagmersellen besonders stolz ist – schliesslich hat die grosse Stadt Luzern nur noch deren zwei. Dagmersellen zählte Ende 2023 5878 Einwohner, nach der Gemeindefusion 2006 waren es 4554. (mam)

samt den Mitarbeitenden an die Einrichtung aus (das ZT berichtete). Einzig die Schulsozialarbeit – eine Dienstleistung, welche das SoBZ vorab für kleine

Kommunen erbringt – versehen die beiden grossen Wiggertaler Gemeinden weiterhin selbst.

Caroline Zürcher, Leiterin der Kinder- und Erwachsen-

schutzbehörde (KESB) Willisau-Wiggertal, welche für alle Gemeinden im Wahlkreis tätig ist, berichtete den Delegierten von einer stetig steigenden Zahl von Fällen – besonders im Kinderschutz. Die Komplexität nehme zu. «Unser Team arbeitet sehr motiviert und engagiert», sagte sie, «doch bei uns geht die Post ab.» Mitarbeitende hätten es mitunter mit Menschenhandel zu tun oder mit gewaltbereiten Querulanten, die ihnen Angst einjagen.

Immer mehr Gemeinden buchen Dienstleistungen

Auch beim SoBZ brummt der Laden: «Die Gemeinden beziehen immer mehr Dienstleistungspakete», sagte Verbandspräsidentin Karin Meier, Gemeinderätin in Zell. Dies sei wichtig – und zeige auch die Qualität der geleisteten Arbeit. So hat beispielsweise Roggliswil jüngst entschieden, das SoBZ die wirtschaftliche Sozialhilfe managen zu lassen. Gleichwohl hat das SoBZ mit Herausforderungen zu kämpfen. Der Fachkräftemangel und die menschlich teils anspruchsvollen Tätigkeiten führen laut Geschäftsleitungsmitglied Corneli Erni zu einer «sehr hohen Personalfuktuation».

Die Delegierten führten Wahlen für die Verbandsleitung durch, genehmigten einen Sonderkredit für die Einrichtung des Standorts Willisau, wo ebenfalls ein Neubau bezogen wird, und stimmten übers Budget ab: Dieses rechnet mit Aufwendungen und Erträgen von 17,8 Millionen Franken.

LUKB: Wäre eine kleinere Kantonsbeteiligung nicht besser?

Die Luzerner Regierung hat eine Anfrage von Kantonsrat Thomas Meier zum Aktienkurs der Luzerner Kantonalbank beantwortet.

Maurizio Minetti

Es ging ungewöhnlich schnell. Erst Ende September hat der Luzerner FDP-Kantonsrat Thomas Meier eine Anfrage zur unbefriedigenden Börsenkursentwicklung der Luzerner Kantonalbank eingereicht, die von mehreren bürgerlichen Politikerinnen und Politikern mitunterzeichnet wurde. Nun ist die Antwort der Regierung bereits da. Das Finanzdepartement möchte offensichtlich schnell und gründlich alle Zweifel beseitigen; darauf deutet auch die Ausführlichkeit der Antworten hin.

Kern des Vorstosses ist die Frage Nummer zwei: «Wieso hat sich der Börsenkurs gegenüber allen anderen börsenkotierten Kantonalbanken in den letzten drei, fünf und zehn Jahren unterdurchschnittlich schlecht entwickelt?» Der Regierungsrat führt teils die gleichen Argumente ins Feld wie kürzlich LUKB-Finanzchef Marcel Hurschler. Dieser hatte bereits Ende September auf den «generellen Druck auf Titel in-landorientierter Banken» und auf die Anpassungen diverser Indizes hingewiesen. Das macht

nun auch der Regierungsrat. Weiter gibt die Regierung den grossen zeitlichen Abstand zwischen der Ankündigung der Kapitalerhöhung im Dezember 2021 und der tatsächlichen Kapitalerhöhung im Mai 2023 als Begründung an. Es habe bei Investoren «eine rund achtzehn Monate dauernde Phase der Zurückhaltung» gegeben. Die Kapitalerhöhung habe schliesslich zu dem damit verbundenen Verwässerungseffekt geführt.

Weiter ist der Antwort zu entnehmen, dass der aktuell tiefe Aktienkurs kaum eine Auswirkung auf die Bilanzierung des Kantons Luzern hat, weil lediglich 10,5 Prozent der Beteiligung des Kantons im Finanzvermögen ausgewiesen sind. Die zwischenzeitliche Kursreduktion hat den Buchwert lediglich um knapp 3 Millionen Franken reduziert, bei einer Neubewertungsreserve von fast 267 Millionen Franken.

Warum kein Vertreter des Kantons im VR ist

Zudem verweist der Regierungsrat darauf, dass sich Aktienkurse während längerer Phasen oberhalb oder unterhalb

der Wertentwicklung bewegen können. So sei die LUKB-Aktie insbesondere in der Phase 2015 bis 2018 im Vergleich mit anderen Kantonalbank-Aktien sehr hoch bewertet gewesen, während der Kurs aktuell als tief bewertet gelte. Dieser Abschlag habe im Übrigen «keinen Zusammenhang mit der Leistung der LUKB». Die Bank sei kerngesund, wie der Regierungsrat auch in einer Antwort auf eine weitere Frage ausführt: Die LUKB habe in den letzten Jahren kontinuierlich die Gewinne gesteigert, die Kostenstruktur sei unter Kontrolle und sie halte die Risiko-Exposition schon seit vielen Jahren tief.

Thomas Meier hatte unter anderem auch gefragt, warum kein Vertreter des Regierungsrats im LUKB-Verwaltungsrat sitzt. Dies im Gegensatz zum Stromversorger CKW, der zu knapp 10 Prozent dem Kanton gehört und in dessen Verwaltungsrat Reto Wyss den Regierungsrat vertritt.

Zu dem Thema verweist die Regierung einerseits auf gesetzliche Vorgaben, andererseits erklärt sie, dass «gerade in heiklen Situationen das am besten infor-

mierte Regierungsratsmitglied an seine Treuepflicht gegenüber der Aktiengesellschaft gebunden wäre und sein Wissen nicht dem Regierungskollegium weitergeben dürfte». Bei widersprüchlichen Interessen müsste das Regierungsmitglied bei den entsprechenden Regierungsgeschäften sogar in den Ausstand treten, weil die Interessen der Aktiengesellschaft vorgehen. Aus Sicht des Kantons sei die Handlungsfähigkeit der Regierung vorrangig. Die CKW-Beteiligung sei nicht im Verwaltungsvermögen, sondern im Finanzvermögen des Kantons Luzern bilanziert. Entsprechend gelten andere Vorgaben.

Reduktion des kantonalen Anteils?

Thomas Meier sagt auf Anfrage, er habe die Antworten zur Kenntnis genommen. Sein Fazit: «Ich stelle infrage, ob die Kapitalerhöhung überhaupt notwendig war.» Wahrscheinlich habe diese den Kursrückgang beschleunigt. Dieselbe Meinung hatten vor rund einem Jahr auch Vertreter von SP und Grünen bei der Budget-Debatte im Kantonsrat geäussert.

Auch sei die Dividende in den letzten Jahren wohl zu tief gewesen, sagt Meier. Zur Dividendenpolitik schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort, man erwarte, dass die LUKB genügend Eigenkapital erarbeitet, um ihr Wachstum durch Innenfinanzierung sicherzustellen, «und dass sie eine verlässliche und stetige Ausschüttungspolitik pflegt. Eine kurzfristige Ausschüttungsmaximierung, die zu hohen Schwankungen der Ausschüttung führt, ist nicht erwünscht.»

Für Meier ist die Sache damit nicht erledigt. Er überlegt sich, ein Postulat einzureichen, um eine Diskussion über den Kantonsanteil anzustossen. «Der Kanton könnte den Anteil an der LUKB auf das Minimum von 51 Prozent reduzieren.» Diese Aktien könnten institutionellen Anlegern wie Pensionskassen oder auch Privaten zum Kauf angeboten werden.

Der Kantonsanteil an der LUKB beträgt heute 61,5 Prozent. Hätte der Kanton bei der Kapitalerhöhung im Mai 2023 nicht vollständig mitgezogen, wäre der Anteil schon damals zurückgegangen. Zu dieser The-

matik heisst es in der Antwort, dass der Kanton dank der Aktienzeichnung seit dem Geschäftsjahr 2023 eine zusätzliche Dividende von 10,9 Millionen Franken erhalten habe. Konkret: Dieses Jahr erhielt der Kanton 76,2 Millionen Franken an Dividenden, letztes Jahr waren es 65,3 Millionen gewesen. Gewisse Experten glauben, dass der relativ tiefe Streubesitz von rund 40 Prozent ein Grund für die schlechte Aktienperformance sein könnte. So fragte auch Meier in seinem Vorstoss, ob sich die Regierung vorstellen könne, die Beteiligung an der LUKB auf bis zu 51 Prozent zu reduzieren, damit die Aktie liquider und somit für institutionelle Anleger attraktiver wird. Der Regierungsrat verweist auf die Eignerstrategie 2021, in welcher festgehalten wird, dass der Kanton Luzern seine aktuelle Beteiligung von 61,5 Prozent beibehalten will. Allerdings wird zurzeit die neue Eignerstrategie überarbeitet. «Wir werden uns im Sommer 2025 dazu äussern», heisst es seitens Regierungsrat. Die LUKB selbst verzichtet auf eine weitere Kommentierung.